Datenschutzinformationen für Vergabeverfahren

1. Verantwortlicher

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des jeweiligen Vergabeverfahrens ist die jeweilige Auftraggeberin:

Verbandsgemeinde Zell (Mosel)
Schloßstraße 69
56856 Zell (Mosel)
06542 701-0
vgzell@vg-zell.de

Die Durchführung des Vergabeverfahrens erfolgt durch die zentrale Vergabestelle der **Verbandsgemeinde Ulmen, Marktplatz 1, 56766 Ulmen (ZVS-ZUCK)** im Rahmen der zwischen den beteiligten Kommunen bestehenden interkommunalen Zusammenarbeit.

Die zentrale Vergabestelle nimmt die ihr übertragenen Aufgaben bei der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation von Vergabeverfahren für die beteiligten Kommunen wahr.

2. Datenschutzbeauftragte/r

Die/den Datenschutzbeauftragte/n erreichen Sie unter:

Verbandsgemeinde Zell (Mosel)
Schloßstraße 69
Melanie Kanzler
m.kanzler@vg-zell.de
06542 701-275

3. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Durchführung des Vergabeverfahrens und zur Erfüllung der vergaberechtlichen Anforderungen.

Dies umfasst insbesondere:

- die Kommunikation mit den am Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen,
- die Entgegennahme, Prüfung und Wertung von Angeboten,
- die Prüfung von Eignung und Ausschlussgründen,
- die Prüfung von Angaben zu Unterauftragnehmern und Eignungsverleihern,
- die Vorbereitung der Vergabeentscheidung,
- die Dokumentation des Vergabeverfahrens,
- die Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungs-, Prüfungs- und Nachweispflichten.

4. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe sowie zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen.

Rechtsgrundlagen sind insbesondere:

- Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c und e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO),
- die vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Vergabeverordnung (VgV) sowie weitere einschlägige vergaberechtliche Vorschriften,
- sonstige für die Durchführung öffentlicher Beschaffungen geltende Rechtsvorschriften.

Eine Einwilligung der betroffenen Personen ist für die Durchführung des Vergabeverfahrens nicht erforderlich.

5. Kategorien personenbezogener Daten

Im Rahmen eines Vergabeverfahrens können insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet werden:

- Name, Vorname und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Unternehmen,
- Angaben zu vertretungsberechtigten Personen,
- Angaben aus Eigenerklärungen und Nachweisen,
- Angaben zu Referenzen, Qualifikationen und beruflicher Leistungsfähigkeit,
- Angaben zu Unterauftragnehmern und Eignungsverleihern,
- Kommunikation und Schriftverkehr im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren.

6. Herkunft der Daten

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich durch die Unternehmen im Rahmen der Teilnahme am Vergabeverfahren bereitgestellt.

Darüber hinaus können Daten verarbeitet werden, die aus öffentlich zugänglichen Registern, Präqualifikationsverzeichnissen oder von anderen öffentlichen Stellen stammen, soweit dies vergaberechtlich zulässig und für die Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist.

7. Empfänger der personenbezogenen Daten

Eine Weitergabe personenbezogener Daten erfolgt nur, soweit dies für die Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich oder gesetzlich vorgeschrieben ist.

Empfänger können insbesondere sein:

- die jeweilige Auftraggeberin,
- die zentrale Vergabestelle,
- beteiligte Fachämter und sonstige mitwirkende Stellen,

- kommunale Entscheidungsträger, soweit dies für die Vergabeentscheidung erforderlich ist,
- Rechnungsprüfungs- und Aufsichtsbehörden,
- Vergabekammern, Gerichte und sonstige zuständige Stellen im Rahmen gesetzlicher Verfahren.

Eine Weitergabe zu anderen Zwecken erfolgt nicht.

8. Verarbeitung über die elektronische Vergabeplattform

Die Durchführung des Vergabeverfahrens erfolgt über eine elektronische Vergabeplattform.

Der Betreiber der Vergabeplattform verarbeitet personenbezogene Daten als Auftragsverarbeiter im Sinne des Art. 28 DSGVO. Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich zur Bereitstellung, zum Betrieb, zur technischen Unterstützung sowie zur Gewährleistung der Sicherheit der Vergabeplattform.

Der Vertrag über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO wurde von der Verbandsgemeinde Ulmen als Trägerin der zentralen Vergabestelle mit dem Plattformbetreiber geschlossen. Der Plattformbetreiber verarbeitet die personenbezogenen Daten ausschließlich im Rahmen dieses Vertrags und nach den datenschutzrechtlichen Vorgaben für die Durchführung der Vergabeverfahren der jeweiligen Auftraggeberinnen.

Weitere Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Nutzung der Vergabeplattform können den Datenschutzinformationen des jeweiligen Plattformbetreibers entnommen werden.

9. Dauer der Speicherung

Personenbezogene Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Durchführung, Dokumentation und Nachprüfbarkeit des Vergabeverfahrens erforderlich ist.

Darüber hinaus werden Daten gespeichert, soweit gesetzliche Aufbewahrungs-, Prüfungs- oder Nachweispflichten bestehen.

Nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfristen werden die Daten gelöscht, soweit keine weitere Rechtsgrundlage für die Speicherung besteht.

10. Rechte der betroffenen Personen

Betroffene Personen haben nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO),
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO),
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO),
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO), soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Zur Wahrnehmung dieser Rechte können sich betroffene Personen an den oben genannten Verantwortlichen wenden.

11. Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde

Betroffene Personen haben das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt.

Zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde:

Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (LfDI Rheinland-Pfalz)
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Telefon: +49 (0) 6131 8920-0
Telefax: +49 (0) 6131 8920-299
Webseite: https://www.datenschutz.rlp.de/
E-Mail: poststelle(at)datenschutz.rlp.de

12. Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Bereitstellung bestimmter personenbezogener Daten ist erforderlich, um das Vergabeverfahren durchführen, Angebote prüfen und die gesetzlichen Anforderungen an die Vergabe öffentlicher Aufträge erfüllen zu können.

Werden erforderliche Angaben nicht bereitgestellt, kann dies dazu führen, dass ein Angebot nicht berücksichtigt werden kann.

13. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO findet nicht statt.